

# Der Gesellschafter

## Nachrichts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

### Nagolder Tagblatt

mit der Heimatbeilage „Unsere Heimat“

mit illustrierter Sonntagsbeilage „Feierstunden“

Verantwortl. Red. u. Verw. v. H. W. Müller (Post-Zustell. Nagold).

Verkaufsstelle: Nagold, Nagold, Nagold...  
Telegraphische Adressen: Nagold, Nagold...  
Postfach 5112, Stuttgart 5112.

Nr. 61      Original 1826.      Mittwoch den 12. März 1924      Preis pro Nr. 20.      98. Jahrgang

### Tagespiegel

Im Reichsanwärtministerium fanden Besprechungen mit Vertretern der Bundesstaaten über die Erhöhung der Beamtengehälter statt.  
Die Aufhebung des Reichstags soll nach Berliner Nachrichten noch in dieser Woche erfolgen.  
Thunberg hat die Umbildung des bayerischen Kabinetts übernommen.  
In England soll die Arbeitslosenversicherung eingeführt werden.  
In London sind 1000 Führer von Lastkraftwagen in den Ausland getreten.  
In Tübingen findet am Sonntag, den 16. März das „große Vereinstreffen“ über die Vereinigung von Tübingen mit Tübingen in Gegenwart des Königs statt. Der Tag ist zum allgemeinen Festtag in Tübingen erklärt worden.

### Der Hitlerprozeß

#### Zehnter Verhandlungstag (Schluß)

Ich muß nun, erklärt der Zeuge, zu meinen Bedauern einige Worte sprechen über den Streit zwischen der bayerischen und der Reichsregierung, der später unter dem Schlagwort „Der Fall Löffow“ viel Lärm machte. In der Nacht des 27. September, nur wenige Stunden, nachdem in Bayern der Notstand ausgerufen worden war, wurde der Ausnahmezustand im Reich beschlossen. Dieser „rote Notstand“ hat mir damals schon den Eindruck freierlicher Entscheidung gemacht. Man wollte im Reich auch einmal etwas haben, was diese „böden Bayern“ sich plötzlich angeeignet hatten. Später habe ich gehört, daß für diesen Ausnahmezustand schon längere Zeit Vorbereitungen getroffen worden seien. Andere Reichswehrmilitärs waren davon Mitteilung gemacht worden; ich hatte kein Wort darüber zu hören. Am 28. September wurde in Berlin, kein Mensch hat mit ihm darüber gesprochen. Es wäre nicht gewesen, wenn man die Entscheidung in Bayern vorgezogen hätte, Vereinbarungen für diesen Ausnahmezustand zu treffen, so daß es keinerlei Streit hätte geben können. Die Verträge, die Sache positiv zu regeln, sind völlig misslungen. Am 29. Oktober wurde ich von meiner Dienststelle entlassen und aufgefordert, ein Mitspracherecht einzurufen. Ich habe während des ganzen Prozesses die bayerische Regierung und den Ministerpräsidenten auf dem Laufenden erhalten. Die Entscheidung lag in meinem Augenblick bei mir, sondern immer bei der Regierung. Ich war jederzeit bereit, zurückzutreten. Ich habe niemals in meinem Leben den Wunsch gehabt, mich aktiv in der Politik zu betätigen. Die bayerische Regierung hat mein Abgehen nicht zugelassen. Die Folgen sind bekannt. Die bayerische Regierung hat dann bis zur Wiederherstellung des inneren Friedens zwischen Bayern und Reich die 7. Division in Höchst genommen und meine Befehle im Amt verweigert.  
Es herrschte damals bei der Division völlige Uebereinstimmung, daß jeder an meinem Platz genau so hätte handeln müssen wie ich. Die Division besteht nicht aus einzelnen oder sonstigen ausländischen Käufern, die vom Reich bezahlt werden, sie besteht aus bayerischen Landeskindern, die ein Herz haben für ihr Heimatland! Sie sind gut deutsch und gut bayerisch, und für uns ist das kein Gegensatz! Berlin hat den verhängnisvollen Fehler gemacht, daß sie nicht das genügende Verständnis aufzubringen. Für mich war klar, daß ich, sobald der Streik beendet war, zurücktrat. Ich habe wieder durch Oberst Löffow, noch von sonst jemand von besonderer Urteile in der Infanterieschule etwas gehört; die Beurlaubung ist, wie ich glaube, von dritte Seite in die Infanterieschule hineingetragen worden.

### Hitler Verhandlungstag

#### Die Patentkündigung

München, 10. März.

General v. Löffow (fortfahrend): Der mehrfach erwähnte Befehl an die Truppen der 7. Div. vom 23. 10. 23 lautet: „Aus den Truppen der 7. Division heraus ist man von verschiedenen Seiten an mich (Löffow) heranzutreten, die schwarz-weiß-rote Kofarde beim bayerischen Teil der Reichswehr wieder einzuführen. Ich muß leider davon absehen, nicht schon das Tragen der schwarz-weiß-rote Kofarde zu genehmigen. Gerade jetzt, wo der bayerischen Reichswehr von Berlin zum Vorwurf gemacht wird, daß sie Sonderwege gehe, möchte ich alles vermeiden, was als eine Trennung von der übrigen Reichswehr gedeutet werden könnte. Ich rechne darauf, daß der Tag nicht zu fern liegt, an dem die gesamte deutsche Reichswehr wieder die schwarz-weiß-rote Kofarde trägt. Bis dahin muß auch der bayerische Teil der Reichswehr seine Angehörigen zurückstellen.“ — So lautet der Befehl.  
Ich will nun, führt Löffow fort, zu meinen Beziehungen

zu Hitler übergehen. Meine erste Befehlsbefugnis datiert vom Januar 1923. Es bestand damals ein Streitfall zwischen Hitler und der Staatsgewalt. Die Sache war aber nicht bedeutend. Im Laufe des Jahres 1923 hat mich Hitler öfters beauftragt, die Befehle in zwei Wellen statt. Die erste Welle, im Frühjahr 1923 fällt in den Beginn der Ruhrereignisse. Hitler ermittelte mir damals sein Programm, das dessen Durchführung ich helfen sollte. Die hinführende Vorbereitung des Herrn Hitler hat auf mich anfangs einen großen Eindruck gemacht. Es ist auch ohne weiteres klar, daß Hitler in seinem Programm und mit dem, was er sagt in vielen Punkten Recht hat. Ich über ich aber Hitler hörte, desto mehr erkannte ich, daß die Jungen Rehen doch fast immer das gleiche erwidern, daß ein Teil der Ausführungen für jeden national eingestellten Deutschen selbstverständlich ist und, ein anderer Teil Zeugnis davon ablegt, daß Hitler der Wirklichkeit fern, der Maßstab für das Mögliche und Erreichbare, abgeht.  
Im Oktober legte die zweite Welle der Befehle Hitlers bei mir ein. Es war die Zeit der Einstellung des politischen Widerstands an der Ruhr. Hitler hielt damals die Zeit für gekommen, um seine Pläne durchzuführen. Er hielt sich für einen deutschen Volksheld, für einen deutschen Gariboldi und seine Geschichtsbücher, die das Erbe des Sympantismus der Rotarmisten angestrichelt hatte, bezeichnete ihn als einen deutschen Messias. Die damalige traurige Lage verführte natürlich diesen Glauben. Es entstand der Plan, die Reichswehrführer Hitler-Ludendorff in Bayern aufzuheben, von hier aus den Norden zu erobern und Deutschland gesund zu machen. Die Meinung Hitlers war: Die fünf oder sechs Männer, die man brauche, würde man in Berlin nicht finden. In dem Sumpf im Norden gibt es niemand. Damit hat er leider bis zu einem gewissen Grad recht gehabt! — Man kann ruhig zu regieren anfangen, das Programm wird dann schon kommen. Die Reichswehr, die geschlossen hinter dem Direktorium stehen müßte, bringt der Rame Ludendorff mit. Hitler war der Ansicht, daß es keinen Zweck habe, in Berlin weiter nach Männern zu suchen; das sei auch nicht notwendig. Der geplante Mann sei schon da, das sei er, Hitler selbst. Hitler hat mir gegenüber einmal erwähnt und ebenso Ludendorff, ich könnte ja Reichswehrminister und Selber Reichswehrminister werden. Der Zweck dieser oben genannten Mitteilung war mir klar; man glaube, mit mir die 1. Division, mit Selber die Landwehr zu haben.

Der Zeuge äußert sich dann über sein Verhältnis zu General Ludendorff, das ursprünglich nur auf geschäftliche Beziehungen gegründet war. Ich habe dabei, erklärt der Zeuge, mehrfach von den Äußerungen, wie Trennung, Katholizismus um. Ich habe diese Äußerungen nicht. Am 23. Oktober bin ich nach langer Pause zu Ludendorff gegangen. Kurz vorher, Ende September, war ein Herr aus Berlin bei mir, der den Plan des Direktoriums erörterte und ich erfuhr von ihm, daß auch Ludendorff um diesen Plan wußte. Ludendorff hat damals den gesamten Plan als Patentkündigung bezeichnet. Patentkündigung hat für einen allen Generalsstabsoffizier einen bestimmten Sinn. Es wird damit in allgemeinen eine gewisse richtige Lösung bezeichnet. Diese Beurteilung Ludendorffs war für mich eine große Beurlaubung, denn ich war, ebenso wie mein Mitarbeiter, über die seit dem Deutschen Tag in Nürnberg zunehmende Tätigkeit des „Kampfbundes“ beunruhigt.  
Ich muß es als irrig bezeichnen, wenn auf Grund gewisser Besprechungen mit mir Ludendorff hier angeführt hat, daß er und Löffow hätten damals die inneren deutschen Verhältnisse entscheidend beeinflussen wollen. Der bayerische Staat wolle mit keinen Rückschlüssen die Lösung der innerdeutschen Verhältnisse in deutschlandlichem Sinn in die Hand nehmen. Ich betone nochmals: Löffow und ich wollten das Direktorium, Entscheidende Dinge in Deutschland zu beeinflussen, das haben wir als über unsere Kräfte hinaus betrachtet. Wir haben unsere eigenen Kräfte und die, die man aus der nationalen Bewegung schöpfen konnte, nie ja hoch eingeschätzt, daß wir uns ohne weiteres im Reich hätten durchsetzen können.  
Am 31. Oktober war ich bei Ludendorff. Ich sagte ihm, er habe einen Namen zu verlieren, der nicht nur ihm allein, sondern Deutschland gehöre, der nicht kompromittiert werden dürfe. Seine Worte sind verdreht und unklar geworden. Ich hatte, erklärt der Zeuge weiter, in den letzten Wochen als die Spannung immer mehr zunahm, die mir unterstellten Generale eingehend unterrichtet. Ich habe die Stammtafeln und Kommandeure nach München berufen und ihnen meine Stellung bekanntgegeben. Bei einer Besprechung ist das Wort „Mord nach Berlin“ gefallen.  
Der Zeuge bestreitet, daß Löffow, Löffow und Selber im den 12. November oder um diesen Tag herum eine Unternehmung beschließt habe oder daß eine Diktatur Löffow als eine Art Konkurrenzunternehmen gegen Hitler-Ludendorff geplant sei. Die Äußerungen müßten den Vorwand beweisen gegenüber dem Draufgänger Hitler. Es war wieder von der „Patentkündigung“ die Rede. Ludendorff wollte einen Beauftragten nach Berlin schicken, um Trauer in die Wunde zu machen. Zum Schluß gab mir Ludendorff die wichtige Erklärung: Wir wollen langsam gegeneinander sein und in gegenseitigem Einvernehmen arbeiten. Sollte ich es mit meinem Gewissen nicht vereinbaren können, mit Ihnen den gleichen Weg zu sehen, so werde ich das Kommando

übernehmen. Es ist dann soll jeder die volle Freiheit der Handlung haben.  
Am 6. November dieses Jahr die verschiedenen Denkmäler zusammen. Der Zweck war, daß Ruhr, Löffow und Selber ganz einseitig und unangebracht gegen jeden Widerstand oder dynastische Tölpel sprechen wollten. Löffow hat dies in sehr enger Weise getan.

### Kammittingung

General v. Löffow: Ich glaube nicht, daß ich den Fall Löffow gebraucht habe: Mit Rechten wird nicht verhandelt. Daß ich nicht verhandelt konnte, ist klar. Während die Reichswehr zum Angriff auf das bayerische Wehrministerium in Stellung gebracht wurde, kam die Meldung, daß der 3. Jägerbataillon zum Vortritt beauftragt wurde. Dies wurde als ein Angriff aufgefaßt. Daß Ludendorff nicht von anderer Seite eine Stellungnahme beabsichtigt wurde, hatte keinen Grund darin, daß wir glaubten, Hitler sei zum Angriff und schloffen. Die Kammittingung des Kampfbundes waren der Reichswehr an Zahl weit überlegen. Wir dachten uns nicht vorsichtig erweisen. Deshalb wurden Major Sieg und die anderen, die bei uns anfragten, festgehalten. Der Herr Löffow war, daß Löffow, Selber und ich über den gegen uns bezüglichen Treubruch aufs tiefste empört waren. Die Beabsichtigung von anderer veränderter Stellung hätte für uns auch nichts genützt. Hitler und seine Anhänger müßten geküßelt werden, wie er uns geküßelt hatte.  
Den Befehl zum Feuern an der Feldherrnhalle hat der Staat gegeben. Der Staat hat befohlen: Wer die Mauer des Schlosses zu Tode marschieren will, der wird mit dem Schwert zur Vernunft gebracht und wenn Blut fließt, mit dem Blut das am 2. November geflossen ist, haben die wir dem wissen, die gegen die Autorität des Staates marschieren, nicht die, die geschlossen haben.

Rechtsanwalt Heib: Die Verteidigung hätte an General von Löffow eine Reihe außerordentlich wichtiger Fragen zu stellen. Aber wir stellen alle Fragen zur Vermeidung von Wiederholungen zurück, bis Herr v. Löffow vernommen ist. Am aber in der Öffentlichkeit sein fassendes Wort zu lassen, können wir gegenüber der Ablehnung des geplanten Vorwurfs auf Berlin durch Löffow nur ein sehr starkes Bestreben zum Ausdruck bringen. In der gesamten Sitzung ist durch Urkunden und Texte und durch mündliche Zeugenaussagen schon einmal festgestellt worden, daß die Angaben Löffows in diesem Punkt der objektiven Wahrheit nicht entsprechen.  
Hitler: Auch ich stelle aus dem gleichen Grund meine Fragen an den Zeugen zurück, bis Löffow vernommen ist, bevor aber jetzt schon: Ich halte meine Darstellungen fest bis zum letzten Punkt. Die Darstellungen Löffows sind meiner Überzeugung nach unannehmlich und unrichtig.

### Zweiter Verhandlungstag

#### Bernehmung des Herrn von Löffow

Am Dienstag wurde die Zeugenaussage des ehemaligen Generalstabskommissars Dr. von Löffow gehört. Er führt aus: Am Spätmorgen des 20. September wurde ich vom Generalstabsminister zum Generalstabskommissar ernannt und mit der gesamten verbleibenden Gewalt betraut. Meine Wirkungskreis galt vor allem den bayerischen Belangen, der Wahrung der Staatsautorität und der Festhaltung des staatlichen Machtgedankens. Ich ging dabei von den Grundgedanken aus: Herr im Land darf nur der Staat und die Staatsgewalt sein, sonst niemand. Der Staat soll aber auf eine Organisation sein, in der alle Teile einander helfen und stützen, dem alle nationalen Kräfte sich ein- und unterordnen müssen. Ich habe von Anfang an keinen Zweifel darüber gefaßt, daß ich die mir übertragenen Machtbefugnisse im Interesse des großen deutschen Vaterlands verwerten wollte nach dem Bismarckschen Grundgesetz: Gelände Einflüssen sind die Voraussetzung eines gesunden starken Reichs.  
Löffow und Selber haben mir wiederholt schon im Beginn des November auf Grund ihrer Besprechungen mit Hitler von seinem Gedankengang Kenntnis gegeben, wann auch nur eine in Bayern ausgeübte und mit Waffengewalt vorwärts getragene Diktatur Hitler-Ludendorff die politische und wirtschaftliche Not im Reich beheben könne. Bei einem solchen Vorgehen sollte die bayerische Regierung unbedenklich bleiben, wenn sie den geplanten Vorwurf nicht hindere. Löffow, Selber und ich haben von Anfang an und ohne Schwanken diesen Gedanken als bodenlos und verwerflich für Bayern bezeichnet. Die Aufgabe, Hitler die Unüberwindlichkeit und Schädlichkeit seines Gedankens nahe zu bringen, übernahmen Löffow und Selber, weil sie mit Hitler und Ludendorff in Beziehungen standen, während ich mit Hitler seit Beginn 1923 in keinerlei persönlicher Fühlung nicht stand, nachdem er einer wiederholten Aufforderung, sich zur Entgegennahme von Mitteilungen, die keine Organisation betrafen, bei mir einzufinden, keine Folge gezeigt hatte. Ich habe Hitler erst am 8. November abends gesprochen.

Meine Beziehungen zu Ludendorff waren vorübergehend und rein geschäftlicher Art. Es war uns ganz unbestimmt, daß die bayerische Regierung einem Vorwurf nach Berlin

...Vortrag  
...Vorhand.

...Merkbücher  
...Nagold.

...Brotmehl  
...Fischen.

...Zugvossenschaft  
...Lorfmull,  
...wie Saat-  
...rtoffeln u.

...ung.  
...berglischer Teil-  
...Heiden unserer

geb. Müller  
...n durften, in-  
...enden Gefang  
...berglischen Teal  
...terbliebenen.

...melungen zur  
...ankenfürsorge-  
...hafte des  
...eamtenbundes

...Koks  
...gerkt.  
...ächster Tage ein  
...nehmen  
...stellungen hierauf  
...ofast entgegen.  
...Fr. Schittenhelm.



weise, wenn sie überhaupt noch eine Regierung sein wollte. Bayern würde im weiteren Verlauf der Geschicke keine Machtmittel und den letzten Rest seiner Selbstständigkeit verloren haben. Es mußte mit einem militärischen Vorgehen Frankreichs, mit dem Einmarsch der Utheter, Polens und damit gerechnet werden, daß solchen Eingriffen von Seiten der übrigen Verbündeten nicht entgegengetreten werde. Auch im Deutschen Reich mußte der Vormarsch zum Bürgerkrieg führen. Es war uns bekannt, daß auch außerhalb Bayerns Teile der nationalen Kreise den Namen Ludendorff schon wegen der außenpolitischen Wirkung abgelehnt hätten. Diesem sogenannten Heer fehlte es an allem, an Bekleidung, Ausrüstung, Waffen, Munition und Geld. Die Requisitionen, die bald hätten einziehen müssen, hätten zur inneren Zerlegung der Truppe geführt. Sie wäre in den Augen der Bevölkerung zu einer Räuberbande herabgemündigt worden, der man schließlich mit Waffengewalt entgegengetreten wäre. Auch war es ein Irrtum, anzunehmen, daß sich diesen Jünglingen außerhalb Bayerns von allen Seiten bewaffnete Scharen anschließen würden. Wir haben auch bei jeder Gelegenheit darauf hingewiesen, daß sich die Reichswehr durch den Namen Ludendorff nicht zum Ungehörigen gegen ihre Führer stellen lassen werde.

Im Oktober ergab sich die Wahrscheinlichkeit, daß die politische Reichswehr durch das Reichswehrministerium in Sachsen und Thüringen zur Verwendung komme. Damit hängt die Frage zusammen, daß in solchen Fällen ein Zivilstaatskommissar dem militärischen Befehlshaber zur Seite gestellt wird. Am 6. Oktober fand auf Wunsch Böhmers eine Unterredung zwischen mir und Böhmner statt. Die Rede kam auf die nationale Entwicklung in Thüringen und Sachsen und auf die für Bayern sich ergebende Gefahr. Ich glaubte, daß das eine Aufgabe sei, die Böhmner interessieren sollte, er wäre unter Umständen bereit, die Stelle eines Kommissars für Nordbayern mit späterer Verwendung in Thüringen und in Sachsen zu übernehmen, wenn seine Vollmacht entsprechend gestaltet würden. Darauf erklärte ich, diese richten sich nach bestimmten Normen, die Seiber mit ihm durchsprechen werde. Seiber teilte mir dann mit, er habe die in Frage kommenden Vollmachten Böhmner mitgeteilt und dieser habe erklärt, daß er sich für eine solche Aufgabe nicht zur Verfügung stelle.

Anfangs November veröffentlichten sich die Gerüchte, daß in den vaterländischen Verbänden mit gewaltsamen Schritten gegen Thüringen und Sachsen zu rechnen sei. Ich berief die Vertreter der Verbände am 6. November zu mir, um sie zu warnen. Ich gab damals meinem Unwillen Ausdruck, daß mit den Namen Kahr-Vossow-Seiber großer Mißbrauch getrieben worden sei, indem diese Namen unter Schriftstücken geleitet und dann in gewisse Verbindung mit derartigen Unternehmungen gebracht worden seien.

Ein militärisches Vorgehen gegen Berlin oder dergleichen wäre von Vossow, Seiber und mir nie gemacht worden. Dazu fehlten im Norden die ausschlaggebenden Nachschubfaktoren, an die man sich hätte anschließen können.

Am 7. November ließ mich Ludendorff durch Vossow zu einer Unterredung bitten, die tags darauf stattfand. Es wurde dabei über die Notwendigkeit gesprochen, ein unabhängiges, über den Parteien arbeitendes Direktorium im Reich zu schaffen. Ludendorff bemerkte, in Norddeutschland werde sich niemand finden, der sich zur Verfügung stelle. Ich sprach dann davon, daß wir Nachrichten aus Berlin erwarteten. Ludendorff erklärte, er habe auch Fühlung mit Norddeutschland genommen, aber die Sache eile sehr, da die Rotkränze.

Dr. v. Kahr verließ dann den weiteren Verlauf der Dinge im Saal und Nebenzimmer des Bürobräufers.

Rechtswort Hoff unterbricht ihn und bemerkt: Ich habe mitgeteilt und muß feststellen, daß das, was der Zeuge hier abliest, Wort für Wort mit dem übereinstimmt, was in dem Bericht Vossows niedergelegt ist. Der Zeuge hat doch in unmittelbarer Evidenz vom Bürobräufers, daß man von Herrn von Kahr verlangen dürfte, daß er frei rede, ohne sich an Aufzeichnungen zu halten.

Vorliegender: Ich muß die wörtliche Übereinstimmung bestätigen. Ich habe den Herrn Zeugen schon gemahnt, nicht vorzulesen.

Dr. v. Kahr: Ich wollte die Vorgänge im Zusammenhang vortragen und nichts in der Reihenfolge übersehen.

Im weiteren Verlauf seiner Darlegungen bemerkt Kahr: Als ich ins Generalkommissariat kam, traf ich dort Böron v. Freyberg, dem ich sagte, Vossow, Seiber und ich seien entschlossen, die Sache nicht mitzumachen. Gegen 11 Uhr rief mich Kultusminister Matt an. Ich schickte ihm kurz die Vorläufe. Matt fragte: „Was will hinter eigentlich?“ Ich antwortete: „Den berühmten Nockh nach Berlin.“ — Matt tief zurück: „Do wiech er weit kommen!“

Inzwischen hatten sich Böhmner und Freid in meiner Wohnung eingeschunden. Böhmner meinte, ich sollte einen Aufschlag erteilen. Da zeigte ich ihm einen Papierstreifen, auf dem ich schon vorher in Gegenwart Freybergs geschrieben hatte, daß ich die Leitung der Volkshutgewalt als Statthalter des Königs in Händen habe.

Gegenüber dem Gerichten, als ob er durch Kardinal Faulhaber oder durch den Kronprinzen oder durch eine andere Persönlichkeit im Lauf der Nacht umgestimmt oder beeinflusst worden sei, erklärt Kahr, an allen diesen Verächteln sei kein wahres Wort. Der Kronprinz wolle in Versailles; zwischen Kardinal Faulhaber und dem Staatskommissar bestanden weder mittelbare noch unmittelbare politische Beziehungen.

Das politische Spiel, das ich am 8. November spielen mußte, war aus dem Gedanken hervorgegangen: das Staatswohl über alles! Für mich persönlich ist an jenem Abend viel an Hoffnung und Vertrauen zusammengesprochen.

In Bezug auf Versicherungen Böhmners über innerpolitische Vorgänge vom Jahre 1920/21 und 1922 bemerkt Kahr: Ich habe nichts zu lächeln und werde am rechten Ort und zur rechten Zeit Rede und Antwort stehen. Ich nehme in Anspruch, daß ich durch mein Verhalten in den Jahren 1920/21 dazu beigetragen habe, den Staat vor manchen Erschütterungen zu bewahren.

Es ist richtig, daß ich in der vaterländischen Bewegung ein starker Bremser war. Wir stehen seit 1918 immer noch in der revolutionären Gärung und es ist nicht abzusehen, wann sie ihr Ende finden wird. Geschichte und Erfahrung lehnen aber, daß jede revolutionäre Bewegung in sich bereits

wieder eine neue Gärung trägt. Und ich glaube, daß ein Volk wie das Deutsche, so wie es jetzt ist, dies nicht auf lange Zeit erträgt. Aber es wird die Zeit kommen, in der in Erwägung treten wird, daß die bisherige Arbeit nicht vergeblich gewesen ist.

Heute stehen sich vor dem Tribunal Männer wie Feinde gegenüber, die doch in den großen nationalen Gedanken dieselben Empfindungen haben, deren tragisches Schicksal es aber war, daß sie über den eingeschlagenen Weg gegenseitig in härtesten Widerstreit geraten sind und geraten mußten, weil einige an die Spitze der Staatsgewalt gestellt wurden, die Pflicht hatten, das zu verhindern, was dem Staat und dem Reich zu Unheil und Unglück werden mußte. Den Herren, gegen die sich die Anklage richtet, ist es darum zu tun, auf die gerade Linie der Rosenbergsorgänge zurückzugreifen und ihre Gegner im politischen Spiel der Rosenbergsorgänge auch aus ihrer früheren nationalen Loyalität heraus zu verdrängen. So wird jede nationale Arbeit teilgeldlos; denn keiner kann mehr dem anderen trauen und vertrauen, und in solcher Luft verdarbt das Volk des Staats. Den Vorteil aber hat die Internationale. Dem persönlichen Standpunkt aus sehe ich den hier zu Tage getretenen Zerwürfen ruhig entgegen.

Hierauf wird die Zeugenerklärung Kahr's in geheimer Verhandlung fortgesetzt.

## Deutscher Reichstag

Berlin, 11. März.

Vor Eintritt in die Tagesordnung tritt Minister Stresemann einer Behauptung des Prof. Dr. Freytag-Vorleserhansen-Breslau entgegen, daß sein (Stresemanns) Schwiegervater, der Bankier Kleefeld, ein Aktionär der schlesischen Wollspinnfabrik Stoda sei; der Schwiegervater sei schon 20 Jahre tot.

Das Reichspostministerium und die Vorlage zur Ausprägung von Silbermünzen werden den Anschlägen überwiesen. Man tritt in die dritte Lesung des Rathshausgesetzes ein.

Abg. Düringer (D. Volksp.): Die dritte Steuererweiterungsordnung sieht so aus, als ob sie nicht im Reichsfinanzministerium, sondern im Büro der KKK (Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft) oder eines derartigen großindustriellen Unternehmens entstanden wäre. Das Vorgehen des Reichsfinanzministers habe einen Sturm der Entrüstung erregt. Ein Senatspräsident, der in einer Eingabe sagte, der Staat verleihe den Beamten und Pensionätern wohlverdienende Rechte, ließ das er nach ergebnislosen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium des hochherrlichen beschuldigt werden. (Bewegung.)

Abg. Scheidemann (Soz.) richtet heftige Angriffe gegen den Reichsjustizminister Emminger, der gebauet habe, daß der aus dem Gefängnis in Leipzig entlassene Oberleutnant Korbach in München öffentlich eine Maffspiele. Der Staatsgerichtshof müsse gegen Kahr, Vossow und Seiber das Hochverratsverfahren einleiten. Die Oberste Verfassungskommission habe schon vor der Revolution ihre Niederlage eingestanden. (Große Unruhe.) Die Rechte habe in den Kriegsjahren den Feinden verhaßt. Ludendorff habe eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Man solle die Sagen jener, die um diesen Mann den sehr zweifelhaften Feldherrntrahen gewunden habe. (Stürche, anhaltende Unruhe.)

Abg. Degler (Doll.) wirft dem Abg. Scheidemann vor, er habe mit seinen Freunden die Waffen Ludendorff's Dump gemacht. (Vehemente Zustimmung rechts, lärm links.) Scheidemann habe als Volksbeauftragter das deutsche Volk in den Dreck geführt. Das habe sein Kollege, der Volksbeauftragte Emil Barth deutlich ausgesprochen. (Scheidemann ruf: Das ist mein schämmster Gegner.) Hoffentlich werden die Männer, die den Zusammenbruch verschuldet haben, noch einmal vor ein objektives Gericht gestellt werden. Der Redner fordert die Aufhebung der Verordnung über den Beamtenabbau. Durch die Abbauerordnungen wurden alle verfassungsmäßigen Rechte mancher Beamten geworfen. Was hat da die lebenslängliche Anstellung überhaupt noch für einen Zweck? Unerhört sind die Pensionierungen, die noch weitergehen, als das im vorigen Jahr abgelehnte Rückgangsgesetz. Die jüngsten Beamtengehälter sind auf die Dauer ganz unzureichend. Wir bedauern, daß man nicht wenigstens die sozialen Zustände erhöht hat. Kein alter Beamter darf abgebaut werden, solange noch Leute ohne genügende Vorbildung in Beamtenstellen befinden. Wieder läßtliche Beamte gibt es eigentlich noch? Wir haben noch nicht gehört, daß ein einziger Jude abgebaut wurde. Wir verlangen die Schaffung einer unparteiischen richterlichen Beaufsichtigung für die Schwerte von abgebauten Beamten.

Die Deutschnationalen fordern in einem Antrag Festsetzung des Wahltermins auf Freitag, den 11. April. Die Sozialdemokraten erklären sich für Sonntag, 13. April (Vollsonntag). Auch Abg. Reich (BB.) tritt die Deutschnationalen, ihre religiösen Bedenken in diesem Fall zurück. Der Vorschlag der Deutschnationalen, diese Frage am Dienstag an erster Stelle zu verhandeln, wird abgelehnt. — Dienstag 2 Uhr: 3. Lesung des Notetals, Goldkreditbank, Antrags bezüglich des Wahltermins.

## Neue Nachrichten

### Die Beamtengehaltsausbesserung

Berlin, 11. März. Die Beamtenverbände haben sich gestern mit der vom Ministerialdirektor von Schlieben angebotenen Erhöhung der Beamtengehälter um 10 Prozent vom 1. April an nicht einverstanden erklärt. Es wird ein Mindestlohn von 20 Prozent Erhöhung verlangt. Am Freitag findet eine neue Beratung im Reichsfinanzministerium statt.

### Parlamentarischer Sparanschub

Paris, 11. März. Nach einer Berordnung wird ein Auswurf der Kammer eingeleitet, der die Verminderung des Staatsausgaben unterziehen soll. Der Finanzvorschlag des Senats schlägt den Betrag der bis jetzt von ihm bewilligten neuen Steuerquellen auf 4,1

Milliarden Franken und die durch Abtritte vom Staatshaushalt für 1924 erzielten Ersparnisse auf eine Milliarde. Vor den 100 Kritikern der Finanzvorlage hat der Auswurf bis jetzt 66 erledigt.

### Die Arbeitslosenfrage in England

London, 11. März. Bei der Aussprache über die Arbeitslosigkeit im Unterhaus erklärte der frühere Erbkämmerling Baldwin, wenn die Arbeiterpartei ein sicheres Mittel besäße, die Arbeitslosigkeit abzugreifen, so werde sie die Unterbringung des ganzen Hauzes und des Landes haben. Wenn sie das Mittel nicht besäße, so werde sie erfahren, daß die Frage sie zugrunde richte, wie sie jede Regierung zugehen würde, die an die Lösung herangehe, sie aber nicht meistern könne. Arbeitsminister Shaw sagte, die Arbeitslosigkeit sei für die Regierung eine ebenso wichtige nationale Angelegenheit wie die Finanzierung der Kriegskosten. In den nächsten Wochen werde ein weitgehender Belegentwurf kommen, der die Unterstützungen aus einer Wohlthätigkeit in einem Recht mache. Den Arbeitslosen soll in ihrem eigenen Beruf Arbeit geschaffen werden. Bevor England nicht seinen Absatz auf den auswärtigen Märkten wieder habe, werden aber alle Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit nur Bandagen-, nicht Heilmittel sein.

### Indien zur Kalfahfrage

London, 11. März. Der „Daily Telegraph“ schreibt, die indischen Mohammedaner erheben die Forderung, daß Kalifen keine Einwendungen, sie verlangen aber, daß die türkische Regierung und die Nationalversammlung in Angora einen neuen Kalifen ernennen und seine bisherigen Vollmachten anerkennen. Sollte das nicht geschehen, so fordern die indischen Mohammedaner die Einberufung eines mohammedanischen Kongress, das den neuen Kalifen wählen soll.

Kemal Pascha teilte dem Scherif (obersten Befehlshaber der Araber) in Indien mit, daß die Belagungen des Kalifen jetzt von der Nationalversammlung und der Regierung in Angora angeordnet werden.

## Württemberg

Stuttgart, 11. März. Das Reichsbahnnotgeld

Zur die kleine Anfrage des Abg. Ehrhart betr. Annahme des Notgelds der Reichsbahn hat das Finanzministerium geantwortet, daß die Einführung der von der Reichsbahndirektion Stuttgart ausgegebenen Papiermarken in der Hauptsache durchgeführt ist und daß das nicht wertvolle Notgeld des Reichsoberfinanzministeriums nur noch in Beträgen von 500 Millionen an auswärts im Umlauf geht. Das wertvolle Notgeld der deutschen Reichsbahn ist voll gedeckt, bis jetzt noch nicht zur Einführung gekommen und wird von allen Postämtern des Landes in Zahlung genommen, nur nicht im Postbetriebe, der auf Rechnung eingestellt ist. Die Kassen der Reichsoberfinanzverwaltung sind nicht ermächtigt, dieses Notgeld in Zahlung zu nehmen. Die Kassen der Reichsbahndirektion Stuttgart haben Weisung, mit den beteiligten Kassen in Verbindung zu treten, je nach den Umständen ergeben.

Vom Tode. In einem Stallgebäude der Hirschstraße wurde ein 80jähriger Mann 7 Meter hoch ab und war fort. In der Hirschstraße haben sich ein 23jähriger Laufmann durch Gasvergiftung das Leben. In der Neuwassersstraße wurde ein 23jähriger Bubenstrolcher.

Ludwigsburg, 11. März. Todesfall. Graf Schloß Hoheneck ist Privatier Karl von Oherstag, Siegle im Alter von 63 Jahren gestorben. 1909 wurde ihm in Anerkennung des Eintretens der Familie Siegle für das zur Förderung der allgemeinen Volksbildung bestimmte Sieglehaus vom König der erbliche Adel verliehen. 1912 wurde er Mitglied der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft.

Ludwigsburg, 11. März. Ermittelter Schwund. Ein Schwundler, der in Ludwigsburg, Stuttgart, Rottenburg und Kirchheim im Mühlstein des Vereins gegen den Hausbettel in betrüblicher Weise zum Verkauf brachte, ist in der Person des Hilfsarbeiters Karl Stücken von hier ermittelt worden.

Badenweiler, 11. März. Beschäftigungsmöglichkeit. Die hierige Filiale der Firma Wilmann Siegle wird im Laufe des Monats ihren Betrieb wieder eröffnen und dadurch der Arbeitslosigkeit in manchen Familien wehren.

Hundersingen O. Riedlingen, 11. März. Brand. Das Anwesen des Bauern Martin Beckmann, Haus und Scheuer ist bis auf den Grund niedergebrannt.

Metendorf, 11. März. Wirtshaus. Der landw. Behr der württembergischen Zentrumspartei hat der Partei keine Forderungen bezüglich der Beteiligung in der Kandidatenliste für die Reichstagswahlen gestellt.

Unterwiesloch O. Badhoe, 11. März. Niederlegung eines Straßenerfahrens. Die Strafkammer Ludwigsburg hat beschlossen, das Verfahren gegen Familie Keimzeit wegen angeblicher Prelosterbelei bei der Wirtshausierung vom Schöffengericht Badhoe beurteilen Landwirte einzustellen, und zwar unter Übernahme der Kosten des Verfahrens in beiden Instanzen erwachsenen Kosten auf die Staatskasse.

Vom Bodensee, 11. März. Tiefstand des Bodensees. Der Spiegel des Bodensees zeigt einen großen Tiefstand. Der Hafenpegel im Konstanz Hafen zeigt 2,60 Meter. Im Kalkhof des Rheins und an der ganzen Seeuferlinie sind die Sandbänke an das Tageslicht getreten.

Calw. Aufhebung des Schöffengerichts Calw. Bei Ausführung der Reichsverordnung über Gerichtsverfassung und Strafverfolgung hat das neue Justizministerium das Schöffengericht Calw aufgehoben und beim Amtsgericht Neuenbürg ein gemischtes Schöffengericht für die Amtsbezirke Calw und Neuenbürg gebildet. Die Wahl der Schöffen und Geschworenen ist unverzüglich in die Wege zu setzen.

Erm...  
lich ist...  
zur Pfl...  
eingeführt...  
in Höhe...  
richtet...  
gerade...  
hin eine...  
lichen W...  
bligen R...  
Gewerme...  
meinen...  
und 1/2...  
Gebäude...  
der Stadt...  
von 20...  
verfügt...  
begru...  
den...  
der leu...  
Arbeitsl...  
Bezüge...  
pflanz...  
bei Reich...  
überneh...  
angeführ...  
Konstanz...  
Kronber...  
schonlich...  
einmal...  
Arbeitsl...  
Die G...  
berabre...  
zunähm...  
verordne...  
Dungen...  
neigungs...  
Krankhe...  
heimsche...  
klaffen...  
das Kran...  
leidende...  
Die S...  
in der R...  
11. April...  
einer gen...  
vorgeho...  
merzet...  
Ebbe...  
werde...  
Der D...  
nach, daß...  
Baum un...  
Scheit...  
habe, wo...  
überm...  
die...  
die Früh...  
pa meist...  
vom Bau...  
kunft...  
Junge...  
immer...  
Recht...  
geknüpft...  
Wasser...  
harte...  
helles...  
mit rech...  
leben...  
rote...  
Helden...  
Waldwe...  
die Sch...  
Kriegen...  
Kladder...  
hohen...  
quellen...  
aufstehn...  
Kugen...  
und an...  
ander...  
Kraft...  
Stier...





## Bekanntmachung.

Durch Verordnung vom 13. Febr. 1924 R. G. Bl. S. 121 ist, um eine teilweise Entlastung des Reichs und der Länder mit ihrem Aufwand auf die Arbeitslosenversicherung zu erreichen, bestimmt worden, daß ab 1. März 1924 auf die bisherige Höchstbeitrags zur Arbeitslosenversicherung von 30% aus dem Grundlohn als Höchstbetrag zur Erhebung kommen können.

Da nach Abzug der Verpflichtungen der Gemeinden beim Amtskörperchaft die Beiträge auf der Arbeitslosenversicherung infolge der immer noch bestehenden großen Arbeitslosigkeit zur Deckung des Aufwands nicht ausreichen und Reich und Land noch erhebliche Zuschüsse leisten müssen, hat der Reichsminister des öffentlichen Arbeitsschweres Herr Dr. Nagold vorbehaltlich der Zustimmung des Verwaltungsausschusses beschlossen,

daß in den Oberamtsbezirken Herrenberg und Nagold ab 1. März 1924 die Arbeitslosenversicherungsbeiträge im allgemeinen Höchstbetrage von 30% des bei der allgemeinen Ortskrankenkasse bestehenden Grundlohns zu erheben sind.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer tragen die Beiträge, welche von der allgemeinen Ortskrankenkasse zum Ertrag gebracht werden, wie bisher je hälftig. (Bergl. hierzu die Ausführungen im Reichsminister.)  
Herrenberg, den 10. März 1924.

**Bezirksarbeitsamt.**  
Gemeinde Mählingen O. A. Herrenberg.  
**Nadelstammholzverkauf.**

Am Donnerstag  
20. März 1924  
kommen auf dem Rathaus aus dem Gemeindewald zum Verkauf:

**91 Fichten**  
mit Im.: Saugholz 9 I., 14 II., 31 III., 17 IV., 9 V. St.  
Sugholz 1, 21 II./III. Klasse und

**14 Föhren**  
mit Im.: Saugholz 4 III., 2 IV. St.  
Sugholz 1 II., 1 III. St.

Zusammenkunft zum Vorlesen 9 Uhr beim Rathaus, Seckergasse durch Waldschütz Christen.  
807 **Gemeinderat.**

Nagold. 805  
**Prima buchene Scheiter u. Prügel**  
preiswert  
treffen im Laufe der nächsten Woche ein.  
Bestellungen nehmen sofort entgegen  
Herrn Grüniger, Burgstr.  
Joh. Fortenbacher zum Engel.

**Benützen Sie**  
für Ihre Kellereien in Ihrem eigenen Interesse  
**die Samstagnummer**  
des „Gesellschaftler“. Die Reichhaltigkeit dieser Nummer ist Ihnen die beste Gewähr, daß Anzeigen in derselben gelesen werden und erfolgreich sind.

**Emmingen.**  
Unterzeichneter verkauft

- 1 neuen leichteren **Ruhwagen**
- 1 gebrauchten **Einspanner-Wagen**
- 1 **Güllenpumpe** 3,20 Kehrkräfte
- 1 leichtere **Metzlige Ackerwalze**
- 1 **eiserner Flanderpfug.**

788 **Walz, Schmiedmeister.**

**Pergament-Papier**  
echtes, meterweise und geschritten für 1/2 Pfund u. 1 Pfund Packung empfiehlt in bester Qualität  
**G. W. ZAISER**  
Buchhandlung.

**Danernotizblad „Printator“**  
Preis 70 Sch.  
Sie haben bei **G. W. Zaiser.**

Mittwoch  
**12.**  
März  
abends 8 Uhr  
Festsaal des Seminars.

**Dr. Hermann Nagel**  
**Recitations-Abend.**  
Dichtungen von  
Goethe / Schiller / Dahn / Wilmanns / Müchhausen  
Kartenvorverkauf bei Hammerwaller Wreden  
Preise:  
1.00 Mk. für Seminaristen und Schüler 0.50 Mk.

**Alle Schulbücher**  
für Volks-, Real- und Lateinschule  
empfiehlt die  
**G. W. Zaiser'sche Buchhdlg.**  
Nagold.

**Bezirksvertreter**  
für einige epochale Gebrauchartikel sofort gesucht.  
**Größter Absatz! Hohe Verdienstmöglichkeit!**  
Nur seriöse, verkaufsfähige Herren, die etwas Kapital zur Lagerübernahme zur Verfügung haben, werden um ansehnliche Offerten gebeten unter S. H. 211 an **Rudolf Mosse, Stuttgart.**

Nagold.  
**Biehverkauf.**  
Kommenden Freitag von morgens 8 Uhr ab haben wir wieder in unseren Stallungen in Nagold einen Transport

**schöne hochträchtige Kalbinnen**

zum Verkauf stehen, wozu wir Kauf- und Sanftliebhaber einladen. 808

**Friedrich Kahn & Max Lassar.**  
Nur andauerndes Inserieren — bringt Erfolg! —

Dollar- und Goldmark-Umrechnungstabellen, welche vom 1. Januar 1919 bis Dezember 1923 den Dollarstand, sowie die Goldmark in Papiermark und außerdem den Durchschnittskurs für jeden Monat enthalten, 20 Seiten stark, geheftet, mit Umschlag in Taschenformat kosten 50 Pfg. per Stück. Die für jeden Kaufmann und Gewerbetreibenden wichtigen Tabellen sind vorrätig bei **G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.**

**Haltung und Pflege des Schweins**  
in gefunden und kranken Tagen.

Eine gründliche Unterweisung über dessen Körperbau, Aufzucht, Ernährung, Haltung, Krankheiten und Verwertung, unter besonderer Berücksichtigung der Verhärtung und Heilung von Krankheiten.

  
Mit über 200 Abbildungen gebunden nur M. 3.20  
Vorrätig bei  
**G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.**

**Gewerbebank Nagold**  
e. G. m. b. H.  
Tele. Nr. 25 und 26 Postfachkonto Nr. 402.  
**Betrifft: Rentenmark.**  
Wir vergüten für Einlagen auf **Conto-Corrent-Conto** (täglich abhebbar Gelder) **8% Zins pro Jahr.**  
auf **Spar-Conto** (bei monatlicher Kündigung oder bei Anlage auf 1 Monat fest) **10% Zins pro Jahr.**  
Die Wertbeständigkeit der auf Sparkonto eingezahlten Beträge wird auf Dollar-Basis garantiert.  
Größere Beträge, die uns auf längere Zeit überlassen werden, werden entsprechend höher verzinst. 804

806 Nagold, den 12. März 1924.  
**Danksagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die mir beim Hinscheiden meines lieben unversehrlichen Vaters und Bruders **Friedrich Breyer** in so reichem Maße erfahren durften, insbesondere von der Firma Gebr. Deuter, deren Angehörigen und Arbeitern, für die trotzlicher Woche des Herrn Stadtpfarrers sowie die zahlreiche Beileidigung zu seiner letzten Ruhestätte sagen den innigsten Dank die trauernden Hinterbliebenen.

**Konfirmations-Gesangbücher**  
in verschiedenen Preislagen sind wieder eingetroffen bei **G. W. Zaiser**  
Buchhandlung Nagold.

**Überlichtige Wandfahrpläne**  
gültig ab 18. Febr. 1924  
das Stück zu 25 Pfennig  
vorrätig bei **G. W. Zaiser, Nagold.**

Ein junges williges **Mädchen** sucht  
Fr. E. Jäger, Bahnhofstr., Nagold.  
**1. leicht**  
**2. schnell**  
**3. billig**  
**1000 Worte**  
ENGLISH  
Englische Stunden in Unterhaltungsform  
Ein Vergnügen, Sprachen zu lernen!  
Jede Lieferung 20 Pfg.  
Bestellen Sie sofort bei  
Buchhandlung Zaiser, Nagold.

*[Faded text from the adjacent page, mostly illegible]*